

Sahra Wagenknecht (Hg):
 Aló Presidente, Hugo Chávez
 und Venezuelas Zukunft,
 Edition Ost Berlin 2004, 223 S.
 (12,90 €)

Das Buch ist eine Textsammlung, in der verschiedene Aspekte Venezuelas seit Beginn der Regierung von Hugo Chávez beschrieben werden. Die Leserin und der Leser lernen Caracas durch Sahra Wagenknecht kennen, die im Oktober 2003 Venezuela für eine Woche bereiste und ihre persönlichen Eindrücke des »bolivarischen Weges« schildert. Es folgen Interviews mit Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez, mit der Abgeordneten Elsa Osorio sowie mit Vertretern der indianischen Gruppen aus dem Land. Andere Autoren berichten von ihren Begegnungen mit Menschen, die das bolivarische Gesellschaftsprojekt unterstützen. Im Buch ist auch die Rede nachzulesen, die Chávez 2003 in Porto Alegre am Rande des Weltsozialforums gehalten hat und in der er die historischen Momente benennt, die seit 1989 den bolivarischen Weg kennzeichnen haben: gescheiterte Militärrebellion mit Beteiligung von Hugo Chávez 1992, Wahlbeteiligung von Hugo Chávez und Wahlsieg 1998, Verfassungsreform 1999, gescheiterter Militärputsch gegen Chávez im April 2002, seitdem massiver Organisationsprozeß der Bevölkerung in den bolivarischen Zirkeln, gescheiterter Wirtschaftsputsch 2002/2003, Widerrufungsreferendum gegen Chávez 2003. Seit 2001 Umsetzung der Verfassung und Gesetzesreformen, u. a. der Agrarreform, Alphabetisierungskampagnen und Aufbau eines Basisgesundheitsversorgungsnetzes.

Das Buch liest sich wie ein Puzzle des bolivarischen Prozesses, das durch jeden Textbeitrag um neue Aspekte erweitert wird. Es sind in erster Linie beschreibende Texte. Sie sind für diejenigen zusammengestellt, die sich zum ersten Mal mit der jüngsten Geschichte Venezuelas beschäftigen.

Jeder von uns geht mit Fragen an die Lektüre eines Buches heran. In meinem Falle war es die Frage nach dem Besonderen an diesem nach Simon Bolivar benannten Prozeß. Von vielen wird er als revolutionär bezeichnet,

weil er mit den üblichen Privilegien der alten Wirtschafts- und Gesellschaftseliten bricht. Was unterscheidet ihn von anderen lateinamerikanischen Prozessen und was macht ihn so widerstandsfähig gegenüber allen bisherigen Varianten von Boykott- und Putschversuchen?

Mir wurde bei der Lektüre vor allem deutlich: Der bolivarische Prozeß ist ein innovativer und ganz eigener Prozeß, der sich nicht an existierenden oder theoretischen Modellen orientiert und der während des Prozesses selbst entwickelt wird. In Chávez' Worten ist »unsere Formel zwar nicht perfekt, aber ihr wohnt viel Kraft inne«. Diese Kraft resultiert aus seinem einschließenden Charakter. »Es entstand die Idee einer Gesellschaft der Integrierten« (Hugo Chávez). Damit ist ein Gegenentwurf zur aktuellen Situation in Lateinamerika geschaffen, die sich durch Gesellschaften von Ausgeschlossenen: den Indígenas, den Schwarzen, den Mittel- und Landlosen charakterisiert. 80 Prozent der Bevölkerung, die bislang wenig vom Reichtum Venezuelas profitierte, erkennt nun selbst, daß unter der Führung von Hugo Chávez etwas in Gang gesetzt wird, was sie betrifft. Es gibt keine Partei, die darum bemüht ist, das richtige Bewußtsein des Volkes zu vermitteln. Es gibt keine Mittelschicht, die in den Bauern, Arbeitern und mittellosen Slumbewohnern Übergangsweise einen wichtigen Alliierten findet, um ihre Interessen gegen eine mächtige Oligarchie durchzusetzen. Es findet eine direkte Integration all derer statt, die sich als Teil des Prozesses begreifen und ihn mitgestalten wollen. Die aktive Beteiligung der Bevölkerung ist der elementare Charakterzug, der sich wie ein roter Faden durch die bolivarische Geschichte zieht und in der neuen Verfassung festgeschrieben ist. So begann die Bevölkerung, sich als Akteur des eigenen Schicksals zu begreifen, ... die eigene Würde wiederzuentdecken und sie zu verteidigen (Marta Harnecker). Das ist in Zeiten des Irak-Krieges von transnationaler Bedeutung.

Möglich ist dieses Projekt durch die zentrale Bedeutung des Erdöls als Einnahmequelle für den venezolanischen Staat. Sahra Wagenknecht beschreibt dreißig Jahre venezolanische Erdölpolitik, die bis nach Gelsenkirchen reicht. Wenngleich die Regierung inzwischen die Kontrolle über den »Staat im Staat«

zurückgewonnen hat, bleibt ein Grundproblem: »Negiert Chávez die alten Erdölverträge, riskiert er internationale Klagen, Konfiskationen im Ausland und schlimmstenfalls ein direktes militärisches Eingreifen der USA. Negiert er sie nicht, leiten sie unverändert Milliarden ... aus dem venezolanischen Erdölreichtum an der öffentlichen Hand vorbei in die Tresore privater Ölfirmen, speziell der großen internationalen Ölkonzerne.«

Auf einen anderen wichtigen Aspekt weist Marta Harnecker in ihrem interessanten Beitrag hin, auf »eine andere Art von Armee«. Die venezolanische Armee unterscheidet sich grundlegend von der chilenischen oder argentinischen Armee. Ihre Kadetten wurden nicht in den USA, sondern in der venezolanischen Militärakademie ausgebildet, lasen Clausewitz und Mao Tse-tung, studierten Politikwissenschaften, beschäftigten sich mit der Geschichte Venezuelas. Junge Militärs wie Hugo Chávez wurden sensibel für die Armut der ländlichen Gegenden. Dadurch wird verständlich, weshalb das Projekt ausgerechnet von einem Militär initiiert werden kann und weshalb wichtige Teile der Streitkräfte in entscheidenden Momenten Hugo Chávez unterstützt haben.

Zum Schluß möchte ich noch auf den sehr lesenswerten Beitrag von Gregory Wilpert hinweisen, der auf die gesellschaftlichen Konsequenzen des »Erdölreichtums« eingeht. Damit erklärt er u. a., wie es in den 80er und 90er Jahren explosionsartig zu Massenarmut in Venezuela gekommen ist, sozusagen als Voraussetzung für den Bolivarianismus. Als einziger Autor weist er kritisch auf Schwachstellen der Regierung Chávez hin, so auf die weiterhin gültige Abhängigkeit vom Öl, die bislang nicht eingedämmte Korruption, die politische Polarisierung zwischen Regierunganhängern und Opposition. Die mangelnde Toleranz in den politischen Auseinandersetzungen bezeichnet er als negativste Veränderung seit Amtsantritt Chávez'. Sein Fazit: Ob Chávez eine Wende in Venezuela bedeutet und ob man sie gutheißen sollte, hängt entscheidend davon ab, ob die Reformprojekte mittelfristig einen substantiellen Wandel herbeiführen werden.

Offen bleibt auch die Frage nach der derzeitigen Situation und den Perspektiven der Mittelschicht im bolivarianischen Prozeß. Die an manchen Stellen durchscheinende Einteilung

der venezolanischen Gesellschaft in »Arm ist gut und Reich ist böse« trägt nicht für das Verständnis bei. Weitere kritisch-konstruktive Beiträge hätten dem Buch nicht geschadet. Auf alle Fälle macht das Buch Lust, sich weiter mit Venezuela zu beschäftigen.

CHRISTIANE SCHULTE

Hannah Lund: »Die ganze Welt auf ihrem Sofa«.

Frauen in europäischen Salons.

Band 16 der Schriftenreihe

»Auf der Suche

nach der verlorenen Zukunft«,

hrsg. von Hanna Behrend,

trafo verlag Berlin 2004,

200 S. (17,80 €)

»1793 wurde in Paris eine Frau hingerichtet, die der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die noch fehlende der Frauen hinzufügen wollte. 1793 wurde in Berlin für die Reform des Allgemeinen Preußischen Landrechts formuliert, dass eine Frau ohne Einwilligung des Mannes keinen Beruf ausüben und kein Geschäft tätigen darf. 1793 wurden in London »Vorlesungen über die Erziehung der Frau« zum Bestseller, in denen festgestellt wurde: Frauen, die ihr Leben dem Lernen widmen, verlieren ihren weiblichen Charakter.«

Mit diesen Sätzen beginnt die Berliner Historikerin Hannah Lund ihre Studie zu den Salons um 1800 als europäischem Phänomen. Ihren Ausführungen folgend fehlt den Frauen zu dieser Zeit mehr oder weniger alles, was die Voraussetzung für eine bürgerliche Person ausmachen sollte: das allgemeine Menschsein, eine berufliche oder geschäftliche Tätigkeit, Bildung. Das bürgerliche Ideal von »Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit«, das heute elementar zur Disposition steht, hat die »Schwesterlichkeit« nicht einfach nur vergessen, sondern aus herrschaftlichen Gründen suspendiert. Bürgerliche Kultur als männliche Kultur ist offensichtlich lange das Zentrum der Kultur schlechthin. Aber gerade in der Phase der Französischen Revolution und danach wissen sich Frauen, zunächst ausschließlich Frauen

aus den begüterten Schichten der Gesellschaft, zu wehren. Sie schaffen sich Freiräume: die Salons.

Lunds Minimaldefinition eines Salons, bewußt die Aporien des Begriffs und die mögliche empirische Vakanz der Begriffsbestimmung berücksichtigend, lautet wie folgt: »Unter Salon ist eine Geselligkeitsform zu verstehen, die in den Räumen und unter der Regie einer Frau stattfindet und deren Hauptzweck die gebildete und bildende Unterhaltung ist. Die Gäste sind beiderlei Geschlechts, kommen aus verschiedenen Ständen, Religionen, Schichten und Berufsgruppen. Zulassungskriterien wie Einkommen oder Titel gibt es nicht, Vorschriften und Statuten auch nicht. Von einem Salon ist dann die Rede, wenn die Gesprächspartnerinnen und -partner die Möglichkeit haben, gleichberechtigt miteinander umzugehen. Das bedingt auch einen gewissen Abstand vom Hof und der höfischen Macht.« Im Zuge der drängenden Aufklärung gegen die sich überlebende, aber keineswegs abtretungswillige Aristokratie, erscheinen die Salons in zweierlei Hinsicht als bahnbrechend, wenn nicht prorevolutionär. Frauen erarbeiten sich eigene Lebens- und Artikulationsräume, und unter ihrer Regie kann ein Aufweichungs- und Aushöhlungsprozeß der Standesunterschiede in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus stattfinden.

Erstmals, und das muß als historiographische Innovation betrachtet werden, sind die Salons in einem vergleichenden internationalen Zusammenhang mit wissenschaftlichen Methoden porträtiert worden. Das französische Modell besitzt mindestens zwei Neuerungen. Bereits im 17. Jahrhundert entstanden, läßt sich erstmals in der Erfindung der Salons mit dem »Hôtel Rambouillet« (ab 1610) die Tendenz zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit vom Hof feststellen, die später Vorbildcharakter tragen wird. Zweitens wird der Salon der wohl schillerndsten Persönlichkeit der Salonkultur in Frankreich während der Revolution zum Mittelpunkt der Subversivität: Anne Louise Germaine de Staëls (1766-1817) »Veräumlichung« der Aufklärung. Trotz der vielen Anfeindungen gegen ihre Person, trotz Verbannung und Entehrung, ist für das neue Selbstbewußtsein der Frau bezeichnend, daß sie ihre eigene Autorenschaft gesellschaftskri-

tischer Romane und Essays nicht verhehlt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Saloniére ist allerdings das Nicht- oder Nichtmehr-Vorhandensein von familiären Verpflichtungen und eine großzügige finanzielle Unterstützung durch die Familie und Freunde.

Für Großbritannien und Preußen gilt hingegen die familiäre Ungebundenheit eher als Ausnahme. Manche der Saloniéren haben mit einer heftigen Doppel- und Dreifachbelastung zu kämpfen, was neben der Salonführung die Erziehung von Kindern (und zwar von vielen) und eine staatsbürgerliche Inpflichtnahme der »Verbesserung und Auffrischung« ihrer Männer beinhaltet. Im Gegensatz zu Frankreich ist der englische »Bluestocking Circle« (etwa 1750-1800) ein Sonderfall der Salons, da er als netzwerkartige Freundschaftsverbinding unter Frauen (bei männlicher Beteiligung) den intellektuellen Austausch und die Vernunftschulung zwischen Frauen betreibt. Wie ambivalent der emanzipatorische Ansatz der britischen Salons bewertet werden muß, geht z. B. daraus hervor, daß die Elementarschrift des frühen Feminismus »Eine Verteidigung der Rechte der Frauen« (1792) von Mary Wollstonecraft, durch die Protagonistinnen des »Bluestocking Circle« rundweg abgelehnt wird, weil sie darin eine Gefahr für die Schicklichkeiten gesellschaftlicher Konventionen wittern, in deren Rahmen sie sich weiter bewegen zu müssen glauben. Immerhin können fast alle englischen Saloniéren anonym Schriften publizieren.

Die hierzulande wohl bekanntesten Salons sind die Berliner Salons, die zwischen 1780 und 1806 ihre Blütezeit erfahren. Lund parallelisiert sie mit einem Seitenblick auf Weimar und Wien, wo ebenfalls Salons entstehen. Prekär und verhängnisvoll für den Verlauf der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert hat sich ausgewirkt, daß das aufklärerische Potential der Salons von Henriette Herz (1764-1847) und Rahel Levin Varnhagen (1771-1833) mit ihren essentiellen Fragen danach, was eigentlich unter dem Wort Mensch zu verstehen ist und ob nicht das Fragen als solches erst das vernünftige Werden anzeigt, durch eine aristokratisch-männlich-nationalistische Gegenbewegung kaum zur Entfaltung kommt. Diese Fragen betreffen auch die Grundkonstitutionen des Seins der Frauen und die Zuschreibung als Jüdinnen.

Vor dem Hintergrund des Projekts der Aufklärung ist einer der liberalsten Männer seiner Zeit, Theodor Gottlieb von Hippel, 1792 zu der Frage vorgedrungen, warum »Weiber« eigentlich keine Personen sein sollen. Reichlich Antwort geben die Geistesgrößen der Zeit, die alle verückt in den Salons verkehrt haben und sich oft als Freunde und Gönner der Saloniéren ausgeben: Wilhelm von Humboldt, Gentz, Achim von Arnim und Clemens von Brentano. Der Geschlechterunterschied ist naturgegeben, schreiben sie, und vom Charakter der »Natur« ergibt sich die untergeordnete gesellschaftliche Stellung der Frau. Juden sind dem deutschen Volke »äußerlich«. Sie behaupten das, obwohl sie beredete Zeugen der angenehmen Geistesatmosphäre durch die Saloniéren geworden sind. Von Arnim und Brentano gründen 1811 die bislang kaum erforschte sogenannte »Christlich-teutsche Tischgesellschaft«, von deren Aufnahme »Franzosen, Philister, Juden und Frauen« ausgeschlossen sind. Die nationalistische Drehung des deutschen Bürgertums während der Befreiungskriege gegen Napoleon zerstört schließlich das umfassende Aufklärungswerk der Salons, dessen soziale Akzeptanz vielleicht einige der Verheerungen des folgenreichen Bündnisses aus Adel und Bürgertum hätte verhindern können.

Als Langzeitergebnisse bleiben laut Lund von den Salons eine individuelle, »indirekte« Emanzipation des selbständigen Mündig-Werdens der Frauen sowie ihre Vorbildwirkung für die spätere Artikulation sozialer Forderungen durch Frauen. Oder, in den Worten der Autorin gefaßt: »Die Hinterlassenschaft der Saloniéren ist das Experiment selbst.«

Die Arbeit von Hannah Lund, die auf ein historisch interessiertes Publikum und weniger auf den Fachdiskurs zielt, ist akribisch recherchiert, äußerst genau im Quellenumgang, wohlthuend vorsichtig und differenziert im Urteil sowie ausnehmend gut geschrieben und zu lesen, was im Zeitalter des Verlusts ordnungsgemäßer germanistischer Ausbildung mittlerweile als einer der Hauptvorteile der Lektüre klassifiziert werden muß.

DETLEF KANNAPIN

**Manfred Moldaschl
und Friedrich Thießen (Hrsg.):
Neue Ökonomie der Arbeit,
Metropolis-Verlag Marburg 2003,
453 S. (36,80 €)**

Das Buch entstand aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU Chemnitz. Es zeugt von der Breite des Forschungsspektrums, aber auch von der Qualität der geleisteten Forschungsarbeit und der Profilierung der Mitwirkenden. Am Anfang steht ein einführender Überblick der Herausgeber, worin sie sich mit den Begriffen *Arbeitsgesellschaft*, *Wissensgesellschaft*, *Dienstleistungsgesellschaft*, *Netzwerkgesellschaft* usw. auseinandersetzen. Im Unterschied zu anderen Autoren sehen sie kein »Ende der Arbeit« (Rifkin), sondern lediglich veränderte Rahmenbedingungen und Bewertungsmaßstäbe. Insgesamt machen sie elf Tendenzen einer »Neukonturierung von Arbeit« aus, woraus sich weitreichende Konsequenzen für Ökonomie und Gesellschaft ergeben, welche dann in den nachfolgenden Einzelbeiträgen Gegenstand einer eingehenden Behandlung sind.

Uwe Götze beschäftigt sich im ersten Beitrag mit der Frage, welchen Stellenwert die Arbeit in der industriellen Standorttheorie hat. Seine Ausführungen beziehen sich auf Standorte und Standortstrukturen einzelner Unternehmen. Sie sind jedoch auch auf Netzwerke kooperierender Unternehmen übertragbar. Insgesamt sind seine Ideen ein Beitrag zur Spezifizierung der betriebswirtschaftlichen Standorttheorie in Hinblick auf den Faktor Arbeit. Inwieweit sich daraus wirtschaftspolitische Handlungsmaximen ableiten lassen, bleibt offen. Der Autor selbst hält dies jedoch für wünschenswert (S. 47).

Die sich daran anschließenden, ebenfalls betriebswirtschaftlich orientierten Beiträge, untersuchen, worauf die oftmals überraschende Wettbewerbsstärke kleiner Unternehmen beruht und welche Rolle sog. »Soft-Factors« für die optimale Ausgestaltung von Netzwerkstrukturen spielen. Ein Aufsatz beschäftigt sich mit den Konsequenzen von Intrapreneuring, neuer Selbständigkeit und Ich-AGs in

der »neuen Ökonomie«. Er gelangt dabei zu dem Schluß, daß zur theoretischen Bewältigung der neuen Prozesse neben einer erweiterten Managementlehre eine Wirtschaftslehre notwendig sei, die sich an den (bisher wenig erforschten) spezifischen Interessen der selbständig Arbeitenden orientiert. Der Autor formuliert einige Ansätze für eine solche Theorie (S. 115 ff.), vor allem aber beschreibt er, welche Erwartungen an eine derartige betriebswirtschaftliche Theorie zu stellen sind. Der folgende Aufsatz knüpft an das Phänomen der Wissensgesellschaft an und fragt, welchen Stellenwert künftig das Management immaterieller Ressourcen hat und wie wichtig es für den unternehmerischen Wertschöpfungsprozeß sein wird (S. 123 ff.). Daran an schließt sich ein sehr lesenswerter Text von Thomas Steger: »Personalabbau in Ostdeutschland – (k)ein Problem für die Führungskräfte?« Der Autor zeigt hier, wie sich durch den Personalabbau in Ostdeutschland »immer deutlicher eine Polarisierung zwischen Menschen mit und jenen ohne Arbeit« vollzieht und – noch viel interessanter – wie sich dadurch das Klima in den Betrieben grundlegend verändert, indem es jetzt durch »beschädigte Vertrauensbeziehungen« und eine »Atmosphäre von Misstrauen, Demotivierung und Hilflosigkeit« geprägt ist (S. 150). Studien, die dazu durchgeführt wurden, unterscheiden hier zwischen »Opfern«, »Überlebenden« und »Tätern«, wobei die Aufmerksamkeit bisher vor allem den »Opfern« galt. Aber auch die »Täter« (Personalchefs, Geschäftsführer usw.) haben Probleme damit. Untersuchungen berichten von »zunehmender Sinnleere, Angst, Rollenüberlastung, sozialer Isolation sowie gesundheitlichen und familiären Problemen« (S. 151). Bei der Diskussion dieser bisher wenig beachteten Aspekte fördert der Verfasser interessante Verarbeitungsmuster zutage sowie »Hinweise für die Praxis«, für die Taktik des Personalabbaus und die diesen begleitende Informationspolitik (S. 170 f.).

Der Aufsatz von Oleg Cernavin und Friedrich Thießen diskutiert die neuen Anforderungen an die Arbeitsgestaltung im Zeitalter neuer Technologien, in dem die Wissensverarbeitung mehr und mehr zum dominierenden Wertschöpfungsfaktor wird. Die Autoren zeigen, daß unter diesen Bedingungen nicht nur

humane und soziale Ressourcen für die Wertschöpfung immer wichtiger werden; es entstehen gleichzeitig auch neue Formen der Belastung und Beanspruchung, der Ausgrenzung, der Verteilung und des Zugangs zur Arbeit (S. 175 ff.). Fritz Helmedag diskutiert in seinem Beitrag neue »Leitlinien der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland« (S. 309 ff.). Insbesondere zeigt er, an welchen Stellschrauben die Wirtschaftspolitik drehen sollte, um die wirtschaftliche Aktivität in den neuen Bundesländern zu beleben. Im Mittelpunkt seines regionalen Beschäftigungsmodells steht die Verbesserung der Beschäftigungssituation durch die Förderung von Unternehmenspools und Netzwerkstrukturen. Außerdem schlägt der Autor vor, die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur weniger auf die Bedienung der Binnennachfrage auszurichten, sondern stärker »auf jene Aktivitäten zu konzentrieren, die »exterritoriale« Kaufkraft attrahieren«. Daran schließen sich mehrere Beiträge zur Beschäftigungssituation und zur Arbeitsmarktpolitik an: Klaus-Dieter John untersucht, welche Auswirkungen der demographische Wandel auf die Höhe der Arbeitslosigkeit in Sachsen haben wird (S. 327 ff.) und Klaus Müller setzt sich mit dem Erklärungswert der neoklassischen Lohn- und Beschäftigungstheorie unter Bezugnahme auf die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland auseinander (S. 367 ff.). Sein Fazit: »Die Neoklassik bietet empirisch nicht belegbare, theoretisch brüchige, logisch widersprüchliche und auf heroischen makroökonomischen Vereinfachungen beruhende Arbeitsmarktm Modelle, die ungeeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu erklären und deshalb auch für beschäftigungspolitische Maßnahmen nicht taugen.« (S. 384) Er zeigt, daß Lohnzurückhaltung und Sozialabbau bisher in der Tat nicht geeignet waren, den Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Als Alternative werden »beinahe utopische« Arbeitszeitverkürzungsvorstellungen entwickelt. Konkrete Möglichkeiten für eine Lösung des ostdeutschen Beschäftigungsproblems behandelt auch der folgende Beitrag, indem er Optionen aufzeigt, die sich aus einer Umgestaltung des Energiesektors sowohl für die Umweltqualität als auch für das Beschäftigungsniveau ergeben. Sehr instruktiv ist auch der Beitrag »Finanzierungsalternativen der Arbeitslosenunterstützung bei dauerhafter Un-

terbeschäftigung« von Pia Weiß, welcher verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert und deren Auswirkungen untersucht. Da alle hier vorgestellten Varianten tatsächlich in der Politik eine Rolle spielen, kann es nützlich sein, sich diese genauer anzusehen, bevor man in die laufende Debatte eingreift.

Insgesamt verkörpert der Band eine beachtliche Bilanz zehnjähriger Forschungsarbeit. Es wird aber auch sichtbar, welche produktiven Potenzen einer interdisziplinären Arbeit innewohnen, zumal wenn diese zudem auch noch Züge einer Ost-West-Kooperation aufweist.

ULRICH BUSCH

**Theodor Bergmann:
Gegen den Strom,
VSA-Verlag Hamburg 2001,
622 S. (29,70 €)**

Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition wurde in der Forschung lange Zeit stiefmütterlich behandelt. Im Osten gab es keine wissenschaftlich objektive Arbeiten über diese Partei, im Westen immerhin eine Dissertation von Karl-Hermann Tjaden. Noch bevor die letzten Protagonisten der kleinen Partei (6 500 Mitglieder) verstarben, veröffentlichte Theodor Bergmann, Zeitzeuge und Chronist gleichermaßen, 1987 eine Geschichte der KPDO (Rezensiert in UTOPIE kreativ, Nr. 5, Januar 1991). Dieses wichtige Buch liegt nun, in wesentlich erweiterter Form, erneut vor.

Es erzählt die Geschichte politisch Ausgegrenzter. An der Jahreswende 1928/29 formierten sich die kurz zuvor aus der KPD ausgeschlossenen oder ausgetretenen kritischen Kommunisten zur eigenständigen Organisation, die sich aber zunächst noch als oppositioneller Teil *innerhalb* der KPD verstand. Diese erblickte jedoch in ihren einstigen Genossen Agenten des Klassenfeindes. Die Gründe für den Bruch waren zum einen der Widerstand der KPDO gegen die sklavische Unterordnung der Thälmann-Führung unter die Weisungen Moskaus, zum anderen der »Sozialfaschismus«-Kurs der KPD, die in der SPD einen Flügel des Faschismus sah, zum

dritten die Erkenntnis der KPDO, daß die Weimarer Republik mit ihrer Verfassung den besten Kampfboden für die angestrebte sozialistische Revolution darstellte und daher gegen ihre Feinde von rechts verteidigt werden mußte.

Um Heinrich Brandler, den Vorsitzenden der kleinen Partei, und August Thalheimer, den bedeutendsten marxistischen Theoretiker Deutschlands jener Zeit, formierten sich Aktivisten, deren Namen auch heute einen guten Klang unter den Linken haben: die Gewerkschaftsführer Willy Bleicher und Jacob Walcher, der Luxemburg-Biograph Paul Frölich und eine Reihe später in der Bundesrepublik bekannt gewordener Universitätsgelehrter, die zu jener Zeit noch Studenten oder Schüler waren. Hierzu gehören Wolfgang Abendroth, Richard Löwenthal, Hans Mayer, auch Theodor Bergmann, der damals in der Jugendorganisation der Partei aktiv war. Die Zeitung der KPDO, »Gegen den Strom«, bezeugt das hohe theoretische Niveau innerhalb der Partei. Es zeigt sich in glänzenden Analysen des Faschismus und des Antisemitismus, deren Gefährlichkeit schon vor Hitlers aufhaltsamem Aufstieg klar erkannt wurde, in marxistischen Analysen der Weltpolitik, insbesondere der Wendungen kommunistischer Politik und in kritischen Kommentaren zur inneren Situation der Sowjetunion, die noch heute wichtige Quellen zu deren Verständnis darstellen.

Das Anliegen der KPDO, die KPD wieder zu einer realitätsnahen Politik zu bewegen, war aber ohne Aussicht auf Erfolg. Ohne materielle Mittel und ohne einen leistungsfähigen Apparat, blieb die KPDO isoliert. Auch von der SPD wurde sie abgelehnt, kritisierte sie doch scharf deren Verständnis als »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus«. Innere Konflikte schwächten die kleine Partei noch weiter: Nachdem im Oktober 1931 SPD-Dissidenten die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) gegründet hatten, schloß sich ein Teil der KPDO-Mitgliedschaft um Paul Frölich und Jacob Walcher dieser Gruppierung an. Die SAPD versuchte, eine dritte Kraft der deutschen Arbeiterbewegung zwischen KPD und SPD zu bilden, um den tödlichen »Bruderkampf« zwischen den beiden großen Organisationen zu beenden oder zumindest abzuschwächen. Auch dies gelang nicht.

Dank ihrer realistischen Analysen war die KPDO auf den Machtantritt des Faschismus und die unvermeidliche Illegalität weit besser vorbereitet als KPD und SPD. Die genaue Schilderung des antifaschistischen Widerstandskampfes durch KPDO-Mitglieder gehört zu den besten Teilen des Buches. Ebenso überzeugend lesen sich die Kapitel über das Wirken der KPDO innerhalb der Internationalen Organisation der Kommunistischen Opposition (IVKO) und besonders der Einsatz von KPDO-Mitgliedern im Spanienkrieg. Doch verschenkte der Autor Terrain in den politischen Eingangs- wie Schlußpassagen. Zum Teil wurden hier Analyse und Diktion der Erstausgabe beibehalten, zum Teil Ergänzungen vorgenommen, die aber der inneren Geschlossenheit des Textes nicht guttun. Entweder hätte der ganze Text überarbeitet oder, unter Hinzufügung einer ausführlichen neuen Einleitung, unverändert beibehalten werden müssen.

Diese Kritik tut dem Stellenwert des Buches aber keinen Abbruch. Der 88jährige Theodor Bergmann hat sich einmal mehr als einer der produktivsten und ideenreichsten Wissenschaftler der Bundesrepublik erwiesen, dessen unbändige Arbeitskraft beispielhaft ist. Nicht zuletzt sind die 400 Biographien, die der Verfasser zusammen mit seinem Freund, dem verstorbenen Erwin Graeff, erarbeitet hatte, eine echte Fundgrube für die Geschichtsschreibung. Die Erstausgabe von 1987 hatte auf Biographien von in der DDR lebenden einstigen KPDO-Mitgliedern weitgehend verzichten müssen, um diese keinen Schikanen durch den SED-Apparat auszusetzen. Dieser Grund ist natürlich inzwischen entfallen.

Nicht entfallen ist die Notwendigkeit, aus der Geschichte der KPDO die Lehre zu ziehen, daß nicht die numerische Größe eine Sekte kennzeichnet, sondern die Abgeschlossenheit von der politischen Wirklichkeit. Ob die Sektierer in der KPD oder der KPDO saßen, bleibt dem Urteil der Lesenden überlassen. Es dürfte aber eindeutig zugunsten der Opposition ausfallen. Sie wurde vom Propagandaapparat der KPD als »KPD-Null« verspottet, doch fiel diese Diffamierung auf ihre Urheber selbst zurück.

MARIO KESSLER

Michael Mann:
Die ohnmächtige Supermacht.
Warum die USA
die Welt nicht regieren können,
Campus Verlag Frankfurt/
New York 2003, 357 S. (24,90 €)

Der Sozialwissenschaftler Michael Mann prophezeit den USA ein totales Scheitern ihrer Politik eines »neuen Imperialismus«. Die Neokonservativen könnten sich lediglich auf ein ungeheures militärisches Potential stützen, ohne jedoch im politischen, ökonomischen und ideologischen Bereich über ausreichende Voraussetzungen für die Bildung eines Imperiums zu verfügen. In vier Kapiteln über den »militärischen Riesen«, den »ökonomischen Trittbrettfahrer«, den »politisch Schizophrenen« und das »ideologische Phantom« behandelt er diese Zusammenhänge, um dann detailliert das Vorgehen der USA gegen die »Schurkenstaaten« zu untersuchen. Die amerikanischen Vorstellungen von »gods own country«, vom »ausgewählten Volk«, die Rhetorik von Frieden und Demokratie, der tief verwurzelte Patriotismus, der alle Entwicklungen in der Welt unter dem Gesichtspunkt des »nationalen Interesses« der USA beurteilt, schließlich die Erfahrungen des Sieges über Deutschland und Japan im 2. Weltkrieg und des Sieges im Kalten Krieg mündeten ein in eine Gewaltideologie, die ihre Legitimation aus dem »Krieg gegen den Terror« zu ziehen sucht.

Obwohl M. Mann zahlreiche Fakten anführt und Entwicklungsprozesse behandelt, die man bei vielen Kritikern der US-Politik findet, ist sein Buch doch komplexer und in vielen Dingen differenzierter angelegt als andere Veröffentlichungen. M Mann sieht die Ursache für das Scheitern des neuen Imperialismus nicht darin, dass andere Mächte im Aufstieg begriffen wären oder sich imperiale Macht überlebt hätte, sondern in einer extrem ungleichen Verteilung der Machtressourcen der USA. So seien Reichtum und Macht der USA auf einem ständigen Kapitalzufluss von außen gegründet. Falls dieser Strom einmal versiege, werde es sowohl zu einem Rückgang des amerikanischen Wohlstands als auch zur Unbezahlbarkeit des riesigen Militärapparats kommen. Kein US-Präsident werde die Amerikaner dazu bringen können, diese Kosten alleine zu

tragen. M. Mann wendet sich auch entschieden gegen die Theorie vom Krieg der Kulturen. Er bezeichnet sie als ethnozentrische Blindheit, die lediglich dazu führe, die Diskussion über jene Dinge zu vermeiden, die wirklich von Bedeutung seien. So wie die USA ihren Feldzug gegen den Terror in Afghanistan, im Irak und gegen diverse »Schurkenstaaten« führten, würde er den Terrorismus nicht nur fördern, sondern ihn zum Krieg gegen die Besatzer wandeln, d. h.: »Die amerikanischen Besatzer anzugreifen wäre genau genommen kein Terrorismus, da die Ziele militärisch sind.« (S. 309)

M. Manns Buch ist flüssig geschrieben und gut lesbar. Mit seiner klaren Sprache gelingt es M. Mann, Sachverhalte, die in deutschen Medien zumeist verkläuselt und undeutlich beschrieben werden, unzweideutig zu charakterisieren. Einige Beispiele: »Die Macht, verheerende Angriffskriege zu führen, mag Amerikaner in dem Glauben wiegen, dass man mit ihr aus der Welt einen besseren Ort machen kann. Aber kann so etwas aus dem Gewehrlauf kommen?« (S. 68) »Die USA verfolgen keine Freihandelspolitik, sie privilegieren amerikanische Interessen.« (S. 85) »Neoliberalismus ist nicht einfach eine Wirtschaftstheorie. Es ist Klassenkampf.« (S. 93) »Der moderne Krieg ist Staatsterrorismus. Der Nutzen solcher Bomben, die keine Unterschiede machen, besteht gerade darin, den Feind als Ganzen, einschließlich der ihn unterstützenden Bevölkerung, so zu terrorisieren, dass er aufgibt. Darum geht es im Krieg. Es ist nicht das Gleiche wie Gerechtigkeit.« (S. 171) »...die Vorstellung, dass ‚wir‘ fair kämpfen, wenn wir Bomben vom Himmel regnen lassen und ‚die anderen‘ einen schmutzigen Krieg führen und sich hinter Zivilisten verstecken, ist lächerlich.« (S. 172/173)

M. Mann arbeitet die Unterschiede, die Gemeinsamkeiten und die Übergänge von nationalem und internationalem Terrorismus überzeugend heraus. Die Irrationalität des von Bush geführten Antiterrorkriegs liege in einer falschen Einschätzung der Ursachen des Terrorismus. In den einschlägigen Berichten der US-Administration ließen sich keinerlei wirklich schlüssige Erklärungen für den Terrorismus finden. Selbst die Zielsetzung der Terroristen wurde im Bericht der National Commission on Terrorism im Jahr 2000 völlig falsch beschrieben. Dort hieß es, die Terroristen hätten »gewöhnlich keine konkreten politischen Ziele, außer ihre Feinde zu bedrohen

und möglichst viele von ihnen zu töten«. Terroristen – so M. Mann – seien »ebenso zielorientiert wie jede andere politische Bewegung«. (S. 205)

Die Tatsache, dass M. Mann mit seiner Publikation eine beeindruckende Problemsicht bietet, bedeutet nicht, dass der Leser von allem, was ihm geboten wird, völlig befriedigt sein kann. Auffallend ist eine gewisse Naivität des Autors, wenn er Lösungsversuche anspricht, mit denen die USA ihre verfehlte Politik ändern könnten. Wie Michael Moore in »Fahrenheit 9/11« setzt auch M. Mann seine Hoffnungen auf einen Präsidentenwechsel in Washington. Das erscheint blauäugig. Andererseits sollte man – wie ein Blick in die Geschichte zeigt – die Fähigkeit der USA zur Selbstkorrektur, sogar ohne einen Präsidentenwechsel, nicht unterschätzen.

M. Mann befasst sich auch mit der Unterscheidung von »altem« und »neuem« Europa. Er schreibt, das »neue« Europa werde den USA schon bald nicht mehr als Gegengewicht zum »alten« Europa zur Verfügung stehen, denn schon jetzt seien die Ökonomien der Länder des »neuen« Europa weit stärker von Westeuropa als von den USA abhängig. Mit wachsender Prosperität dürfte das »neue Europa Teil des alten Europa werden«. (S. 325/326)

Alle Aspekte der Selbstüberschätzung der USA werden von M. Mann nahezu lückenlos aufgezeigt. Eine deutliche Schwäche entsteht allerdings aus der Konzentration des Autors auf die subjektive Zielsetzung der Neokonservativen in den USA, wodurch Entwicklungen in anderen Weltregionen, die auf die Politik der USA einwirken, vernachlässigt werden. So kommt es denn auch, dass M. Mann schreibt, dass die Amerikaner sich entscheiden müssten, »ob sie die Hegemonie wollen und sich dann an die Regeln halten. Doch wenn sie das Empire wollen und damit scheitern, werden sie auch die Hegemonie verlieren. Die Welt würde das wenig kümmern. Sie käme mit den multilateralen Folgen zurecht.« (S. 331) Ob dies so unkompliziert vor sich gehen kann, darf bezweifelt werden. Die Instabilitäten der Welt von heute bedürften einer genaueren Analyse. Zugestimmt sein soll zum Schluss jedoch noch der Meinung Michael Manns: »Wir müssen zurück zur Unvollkommenheit eines pragmatischen Multilateralismus. Denn die Welt ist unvollkommen, nicht schwarz-weiß.« (S. 313)